

Abendtafel. An dieser nahmen teil: der Führer und Reichsleiter, der Königlich Britische Botschafter, sämtliche Kabinettsmitglieder, die Begleiter der englischen Minister sowie die Herren der britischen Botschaft und führende Persönlichkeiten der Reichsbehörden und der Partei mit ihren Damen.

## Befriedigung in England

London über das Ergebnis der Berliner Besprechungen

Das Londoner Reuterbüro meldet aus Berlin: Das Ergebnis der zweitägigen Besprechungen kann dahin zusammengefasst werden, daß Sir John Simon und Eben Berlin verlassen, mehr denn je davon überzeugt, daß sie Recht hatten mit ihrem Wunsch, dorthin zu gehen.

Im Verlauf der englisch-deutschen Besprechungen seien Abweichungen in der Auffassung offenbar geworden, doch gerade aus diesem Grunde seien, wie man erkläre, direkte Verhandlungen wünschenswert, um solche Abweichungen aufzuklären.

Die Besuche Edens in Moskau und Warschau würden unter demselben Gesichtswinkel angesehen, wie der Berliner Besuch, nämlich als Besuche zu Informationszwecken. Man sei nicht der Ansicht, daß die Dinge bezüglich der europäischen Lage vor der Konferenz von Stresa feste Form annehmen könnten.

Die amtlichen deutschen Kreise seien von dem Berliner Besuch ebenso befriedigt wie die britischen Kreise.

## Die englische Darstellung

Die englische Presse begleitet die Berliner Besprechungen mit günstigen Kommentaren. Die „Times“ bezeichnet den ersten Tag der Besprechungen als „arbeitsreich und im ganzen ermutigend“. Jede Seite habe sich bemüht, die Punkte ihrer Politik und Haltung zu erklären, die der anderen Seite offenbar am meisten Sorge gemacht hätten. Die Aussprache scheine mehr allgemeinen als besonderen Charakter gehabt zu haben.

Der „Daily Mail“ berichtet Ward Price aus Berlin, nach ihrer ersten etwa siebenstündigen Besprechung mit Adolf Hitler, dem Freiherrn von Neurath und von Ribbentrop seien sich die britischen Minister über eine Sache klar gewesen, nämlich, daß sie sehr gut daran getan hätten, nach Berlin zu kommen und mit Hitler persönlich zu sprechen.

Ueber den Inhalt des Meinungsaustausches glaubt Ward Price berichten zu können, Simon habe damit begonnen, Hitler die Stimmung der englischen öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland zu schildern. Er habe gesagt, sie sei enttäuscht und unbehaglich geworden. Das britische Volk sei zwar von gutem Willen gegenüber dem deutschen Volke befeelt, aber es sei überaus und misstrauisch geworden durch die plötzlich aufeinanderfolgenden Ankündigungen hinsichtlich der Bildung einer Luftstreitmacht und eines großen Landheeres. Simon wüßte die Möglichkeiten der Schaffung eines kollektiven Sicherheitsproblems zu prüfen. Er fürchte, daß der einzige andere Weg darin bestehen könnte, daß alle Mächte, die Belangen gegenüber Deutschland empfinden, allmählich eine Koalition bilden würden, um ihre gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten. Die Folgen einer so scharfen Spaltung in Europa könnten ernst sein. Wenn Deutschland weiterhin unabhängig seine eigenen Ziele zu erreichen suche, dann könnten Frankreich und Großbritannien, so gerechtfertigt die erwähnten Ziele auch dem deutschen Volke erscheinen mögen, sich in einem Dilemma befinden. Sie würden dann zu wählen haben zwischen einer Politik der Uebereinstimmung mit Deutschland und einer Politik der Uebereinstimmung mit den anderen Festlandsmächten, die an die Möglichkeit glaubten, daß sie eines Tages von Deutschland in eine gefährliche Lage gebracht werden könnten. Simon habe gesagt:

Wir sind nach Berlin gekommen, um ausfindig zu machen, ob diese beiden Möglichkeiten sich nicht verschmelzen lassen, und ob es nicht möglich ist, ein wissenschaftliches System der Vereinbarung zu schaffen, an dem Deutschland und die anderen Festland-Mächte teilhaben. Er habe darauf hingewiesen, daß er persönlich nach dem Vorgefallenen einige Entschlossenheit habe zeigen müssen, um nach Berlin gehen zu können. Er habe es getan, weil er geglaubt habe, daß dieser Besuch der Sache des Friedens dienen werde.

Nach der Uebersetzung der Ausführungen Simons habe der Führer seinerseits einen Ueberblick über die jetzige europäische Lage gegeben, wie sie sich in den deutschen Augen darstelle.

Ward Price gibt im Anschluß hieran folgende Bemerkungen: Es sei sonderbar, daß im französischen Außenministerium wie im britischen Foreign Office die jetzigen Verhandlungen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten verursacht hätten. Es sei kein Geheimnis, daß mächtige Einflüsse im britischen Foreign Office sich gegen den Plan von einmütigen und freundschaftlichen Besprechungen mit Deutschland wendeten, für die der Staatssekretär des Aeußeren eingetreten sei. Diese Einflüsse begünstigten den Plan der französischen Regierung, der auf sofortigen Abschluß eines Militärbündnisses mit Sowjetrußland abzielt. Aber sogar in Frankreich herrsche eine Meinungsverschiedenheit bezüglich dieses Planes.

## Flandins Pläne

Capal wüßte abzuwarten, was sich aus Simons Berliner Besprechungen ergebe, bevor er Moskau besuche. Der französische Ministerpräsident Flandin sei mit nachdrücklicher Unterstützung des französischen Generalstabes darauf bedacht, sofort ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Sowjetrußland zustande zu bringen. Wenn dieser Plan ausfahrbar bleibe, dann würde russisches Kriegsmaterial in die Tschekoslowakei hineinkommen, die dadurch praktisch ein russischer Außenposten in der Platte Deutschlands und im Falle eines Krieges in Osteuropa ein Stützpunkt für russische Flugzeugangriffe auf Berlin werden würde.

## Frankreich „beugt vor“

Paris, 27. März.

Außenminister Capal hat dem Ministerrat einen Ueberblick über die außenpolitische Lage gegeben. In der kurzen amtlichen Mitteilung über die Beratungen des Ministerrats wird darüber hinaus zu diesem Thema nichts mitgeteilt.

Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Handelsministers eine Verordnung gebilligt, die vorübergehend die Aus-

# Die belgische Krise

Die heutige politische und wirtschaftliche Situation Belgiens ist nur innerhalb der Kette von Krisenerfahrungen zu verstehen, die dieses früher so gefestigte Land seit etwa 2½ Jahren in mehrmonatlichem Stillstand heimsuchen. Der Rücktritt des Kabinetts Theunis war ausschließlich ein Ausdruck der ununterbrochen steigenden Wirtschaftsnöte und ihrer währungsrechtlichen und sozialen Auswirkungen. Belgien, das nach seiner Trennung von Holland vor über 100 Jahren mit den steigenden Erfolgen seines Außenhandels und seiner internationalen Finanzbetätigung immer mehr die engen Grenzen seines Binnenmarktgebietes überschritten hatte, rangierte in der ersten Reihe der wirtschaftlichen Großmächte der Erde. Diese Wirtschaftsstruktur, früher eine stähler fließende Quelle großen Reichtums, wurde Belgien aber zum Verderben, als die Abschließung der Länder unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise immer größer und der Weltmarkt immer kleiner wurde. Seitdem leidet Belgien Not und muß unter Ausbietung aller Kräfte um seine Existenz kämpfen. Im Interesse seines Außenhandels — dem allein bestimmenden Faktor seiner Wirtschaftspolitik — mußte es eine selbstmörderische Deflationspolitik durchführen, nachdem es aus vornehmlich politischen Gründen die Währungsversuche des Sterlingblocks nicht mitgemacht hatte, sondern beim Goldstandard geblieben war. Aus dieser Deflationspolitik aber haben sich seitdem für Belgien ununterbrochen Krisen und Gefahren erhoben, und auch der Rücktritt des Kabinetts Theunis geht letzten Endes hierauf zurück.

Bereits um die Jahreswende schienen die letzten Möglichkeiten deflationistischer Art erschöpft, und so mehrten sich unverkennbar die belgischen Bemühungen zur Stabilisierung der internationalen Währungsfrage; gleichzeitig verstärkten sich aber auch die vielfach vorhandenen Tendenzen für den Anschluß an den Sterling-Block. Nur die Hoffnung auf die immer wieder versprochene Hilfe Frankreichs vermochte bisher, diese Strömungen niederzuhalten. Als im November vorigen Jahres der letzte Angriff auf die Belga stattfand, erhielt Belgien tatsächlich von Holland, Frankreich und von den Vereinigten Staaten unmittelbare und mittelbare Hilfe; das Kabinett Theunis war damit noch einmal gerettet; aber bereits im Januar 1935 stand es wieder vor dem politischen Nichts: Die belgische Arbeiterschaft war sich über alle weitausschauenden und parteipolitischen Gegensätze hinweg einig, drohte wegen weiterer deflationistischer Angriffe auf Löhne und Pensionen mit Generallstreik; die Regierungsparteien gerieten ins Schwanken, ja in Verfall; eine ganze Provinz (Lüttich) kündete offen die Sabotage der Regierungsmassnahmen an, und Theunis fand schließlich ein dürftiges Kompromiß, indem er unter Beteiligung sämtlicher Parteien einen „nationalen Arbeitsausschuß“ zur Beratung von Massnahmen zur Rettung von Wirtschaft und Außenhandel bildete.

Es war wirklich nur eine letzte Frist gewesen, die ihm hiermit gewährt wurde: Die Sozialdemokraten verließen schon sehr bald den „Arbeitsausschuß“; Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot des Landes stiegen weiterhin an, und der Sturz des englischen Pfundes trieb die Dinge zur Entscheidung. Die immer, wenn die Not am höchsten, begab man sich auch jetzt hilflos nach Paris. Diesmal mit einem Aufgebot von 4 Ministern, die alle — jeder für sein

fuhr von gewissen für die Landesverteidigung wichtigen Rohstoffen unterlag. Bisher ist nicht bekannt, welche Rohstoffe damit gemeint sind.

## Eden nach Moskau abgereist

Vorsiegelbewahrer Eden ist am Dienstag um 23,35 Uhr mit dem fahrplanmäßigen D-Zug vom Bahnhof Friedrichstraße nach Moskau abgereist.

## Heimreise Sir John Simons

Berlin. Der englische Außenminister Sir John Simon hat am Mittwoch vormittag im Flugzeug Berlin wieder verlassen.

# Justizmord!

## Ein politisches Zweifurteil

Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland veröffentlicht zu dem litauischen Schreckensurteil folgende Stellungnahme: Man wußte längst, daß die litauische Regierung zur Rechtfertigung ihrer Rechtsbrüche im Memelgebiet einen schweren Urteilspruch brauchte. Nachdem aber die vier Monate langen Verhandlungen vor dem Kriegsgericht auch nicht den geringsten Beweis für die Hauptanklagepunkte erbracht haben und auch alle Verteidiger, an deren litauischer Gesinnung nicht der geringste Zweifel gehegt werden kann, durchweg Freisprüche beantragt hatten, war anzunehmen, daß man sich bei der Festlegung des Strafmaßes mahigen werde.

Durch dieses Urteil, das vier Todesstrafen und weit über tausend Jahre Zuchthaus verhängt, wird nun die Ansicht bestätigt, daß die Entscheidung nur ein politisches Zweifurteil darstellt und die Verurteilungen schon von vornherein feststanden haben. In vier Fällen geht das Urteil noch über die ungeheuerlichen Anträge der litauischen Staatsanwälte hinaus. Denn eine ganze Reihe von Angeklagten ist höher bestraft worden, als die Staatsanwälte es verlangten.

Sehr bezeichnend für die Urteilsfällung ist auch die Tatsache, daß die bekannten Spitzel Molinnus und Kubbutat statt der beantragten 6 Jahre Zuchthaus nur 1½ Jahre Gefängnis erhalten und für die Beantragung eines Gnadengesuches würdig sein sollen. Ob eine Revision gegen dieses ungeheuerliche Urteil beantragt werden wird, steht dahin. Die Revision würde sich auch nur auf die rechtlichen Verstöße in der Prozeßführung und nicht auf die materielle Seite der Anklage beziehen können. Für die Me-

Reffort — den französischen Staatsmännern den ganzen Ernst der belgischen Lage vor Augen führen sollten. Allein, trotz der optimistischen Erklärung des Außenministers Homans bei seiner Rückkehr, daß die belgische Währung gerettet sei, war das Ergebnis der Pariser Expedition mehr als dürrig: Frankreich, von wirtschaftlichen Problemen im Mutterland und in den Kolonien selbst bedrängt und durch seine politischen Verpflichtungen zu immer neuen Hilfsaktionen in aller Welt gezwungen, vermochte positive Versprechungen handelspolitischer oder auch nur finanzpolitischer Art nicht zu geben; sogar eine bedingungslose Stützung des belgischen Franken wurde abgelehnt. Nur eine Zusage der Pant von Frankreich auf Unterstützungsmaßnahmen gegen die Baisse-Spekulation in belgischen Franken konnte erreicht werden — und das war wirtschaftlich wie politisch zu wenig: Theunis gab den aussichtslosen Kampf auf und trat zurück.

In gewissen belgischen Finanz- und Börsenkreisen wächst die Ansicht, daß ein weiteres Verharren auf dem Wege der Deflationspolitik unmöglich sei, wenn anders nicht die Grundlagen des belgischen Staates, der bekanntlich auch noch schwerlastende Probleme sonstiger Art zu tragen hat, gefährdet werden sollen: Das Existenzminimum der Bevölkerung verträge keine weiteren Einschränkungen mehr, und die unerlässlichen Erfordernisse des belgischen Außenhandels auf Herabsetzung des Preisniveaus müßten dabei durch eine entsprechende Entwertung der Belga Befriedigung finden. Man hat infolgedessen Theunis' Erklärung, daß die belgische Regierung den Goldstandard unter allen Umständen verteidigen werde, nur als einen ehrenvollen Rückzug angesehen und glaubt, daß sein Nachfolger den letzten Ausweg aus der Krise nur in der Devaluierung der Belga sehen werde.

Allein auch damit scheint das belgische Wirtschaftsproblem nicht mehr zu lösen zu sein: Jede neue Abwertung zieht nämlich heute zwangsläufig die weitere Herabsetzung der bereits devalvierten Währungen nach sich, so daß das Endergebnis nur eine allgemeine Verschlimmerung der Lage wäre. Tatsächlich stehen auch schon alle in Frage kommenden Länder auf dem Sprung, um belgische Währungsmaßnahmen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zu beantworten; insbesondere hat England für diesen Fall mit der Erhöhung seiner Zölle gedroht. Die belgische Krise erscheint uns daher bei dem heutigen Zustand der Welt fast ausweglos und wird vielfach in Belgien auch so betrachtet, wie die tiefe Mutlosigkeit, ja Verzweiflung, die weite Teile des belgischen Volkes ergriffen hat, beweist. Die Struktur der belgischen Wirtschaft, wie sie sich in gläubigen Vertrauen auf die Ewigkeit der liberal-freihändlerischen Wirtschaftsgrundlage entwickelt hatte, muß in der heutigen Zeit, in der um neue Formen gerungen wird, notwendigerweise eine grundlegende Umgestaltung erfahren, wenn noch gerettet werden soll, was noch zu retten ist. Dabei erhebt sich allerdings die entscheidende Frage, ob das belgische Staatsgebilde mit seinen keineswegs naturfesten rassistischen Grundlagen eine solche Belastungsprobe aushält. Wiewohl wird aber auch die Furcht vor einer endgültigen belgischen Wirtschaftskatastrophe den ausschlaggebenden Anstoß zu einer endgültigen Neuordnung der internationalen Währungs- und Handelsverhältnisse geben, und hierin liegt nicht nur für Belgien, sondern auch für viele andere Länder ein letzter hoffnungsvoller Gedanke.

memländer ist das litauische Kriegsgerichtsurteil ein Faustschlag.

Mit diesem Urteilspruch wird dem Memelgebiet gegenüber eine Wunde aufgerissen, die sich nie mehr schließen kann.

Mag man die angeklagten Memelländer zu den höchsten Strafen verurteilt haben: die Memelländer wissen es am besten, daß sie unschuldig sind. Sie wissen es, daß hier nicht nach Recht und Gesetz, sondern nach politischen Zielsetzungen entschieden worden ist, daß die Verurteilten nur das Opfer jener litauischen Gewalttätigkeit geworden sind, der die Memelländer seit dem Tage ausgeliefert waren, an dem Litauen das Memelgebiet einräubert hat. Ein Schrei der Entrüstung und Empörung geht heute durch das ganze deutsche Volk. Gerechtigkeit für Memel! So schallt es auch in die Welt hinaus.

Diese verurteilten Memelländer haben nach dem Ergebnis der Prozeßbehandlung kein Staatsverbrechen begangen, Litauen hat dagegen im Memelgebiet Rechtsbruch auf Rechtsbruch verübt. Was die Memelländer durch diesen neuen Gewaltstreich erleben, das empfindet das ganze deutsche Volk in allen deutschen Landen als eigenes Leid und eigene Not. In Treue und Verbundenheit fühlen sich daher in diesen Stunden alle Deutschen mit ihren Brüdern an der Memel eng vereint.

## Großes Aufsehen in London

Die Sturteile des litauischen Kriegsgerichts gegen die memelländischen Deutschen erregen in London ganz beträchtliches Aufsehen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese neueste litauische Gewalttat nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben dürfe. Blätter veröffentlichten spaltenlange Berichte über die Vorgeschichte des Prozesses, wobei „Evening News“ beispielsweise auf die vielen Hindernisse hinweist, die die litauischen Behörden dem englischen Rechtsanwalt Sir Alexander Lawrence in dem Weg gelegt haben, als er sich nach Memel begeben wollte, um unparteiischer Zeuge des Prozesses zu sein. Das Blatt erinnert weiter daran, daß ein anderer britischer Anwalt, Norris, einen Ausweisungsbefehl erhalten habe, da er die Angeklagten habe verteidigen wollen. Im übrigen hebt die „Evening News“ erneut den überwiegend deutschen Charakter des Memelgebietes hervor. „Evening Standard“ spricht in der Ueberschrift von einem „Schod“ von politischer Bedeutung. Er nennt das Memelgebiet einen der Gefahrenpunkte Europas und weist auf die tiefe innere Anteilnahme der gesamten deutschen Öffentlichkeit an dem Schicksal der Stammesangehörigen in diesem Gebiet hin.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

## Bon

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

## Ein kurzfristige

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

## Ein neuer C

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

## Alle

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

## Kraftvoll

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.

Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst. Das japanische Heer hat die heutige Nacht dem heutigen Bund gelöst.